„Neukölln braucht einen sozialen Aufbruch“

Wer Armut bekämpfen will, muss Millionäre zahlen lassen / Lesen Sie den Beitrag von Ruben Lehnert auf Seite 3

Neu-Köllnisch

DIE LINKE. Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSBLATT · JULI/AUGUST 2016

Für Mieterrechte, gegen Finanzinvestoren!

UNSER BLOCK BLEIBT

Sie kämpfen für Mieterrechte und gegen Finanzinvestoren. Nur durch Zufall hatten Mieter eines ganzen Blocks zwischen Fram-, Nansen-, Pannier- und Pflügerstraße erfahren, dass ihren 17 Häusern die Zwangsversteigerung drohte. Die betroffenen Mieter haben sich zusammengeschlossen und ihre Lage öffentlich gemacht. Darüber berichtet Simone Schirrmacher von der Initiative „Unser Block bleibt!“.
Lesen Sie die Beiträge auf Seite 4 und 5.

Foto: Initiative „Unser Block bleibt!“

AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS

3. September: Demo/Konzert. Kurz vor der Abgeordnetenhauswahl, will das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus!“ mit einem Konzert und einer Demonstration in Berlin ein klares Zeichen gegen Rassismus setzen und die Stimmung in der Stadt mit prägen. Gerade die Wahlen in Berlin haben eine Signalwirkung für die weitere Entwicklung der AfD, aber auch den Widerstand dagegen.

Neukölln ist ein Zuwanderungsbezirk

In Neukölln leben Menschen aus über 160 Nationen friedlich zusammen. Sie sind eine Bereicherung und Chance für unseren Bezirk. DIE LINKE sieht das so. Aber auch in Neukölln gibt es Alltagsrassismus. Dagegen ist Widerstand notwendig.
Lesen Sie Seite 7.

Wird Neukölln endlich fahrradfreundlich?

105.425 Unterschriften für den Volksentscheid Fahrrad in nur wenigen Wochen, der Einwohnerantrag in Neukölln von Aktiven aus dem Netzwerk Fahrradfreundliches Neukölln – es bewegt sich gerade viel in der Radverkehrspolitik im Land.
Lesen Sie Seite 8.

Kundgebung der Neuköllner LINKEN und von ver.di-Kolleginnen am Rathaus Neukölln vor Beginn der BVV-Sitzung am 13. Juni.

BVV-Neukölln für Mindestbesetzungen auf Klinikstationen

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE unterstützt die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) die Forderung der Pflegekräfte nach Mindestbesetzungen auf den Stationen des Vivantes Klinikum Neukölln und spricht sich für eine Notdienstversorgung „in besonderen Situationen" aus.

In der am 13. Juni einstimmig beschlossenen Entschließung heißt es: „Die Bezirksverordnetenversammlung setzt sich für eine hochwertige Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten im Vivantes Klinikum Neukölln ein. Die Forderung nach Entlastung und mehr Personal betrifft nicht nur die Beschäftigten, sondern insbesondere die Patientinnen und Patienten. Eine gute und sichere Versorgung ist nur möglich, wenn genügend qualifiziertes Personal eingesetzt wird. Deshalb begrüßt die BVV die Forderung der Pflegekräfte nach Mindestbesetzungen auf den Stationen. Zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Neuköllnerinnen und Neuköllner in besonderen Situationen ist eine Notdienstversorgung sehr wünschenswert."

Neuköllner SPD mit Immobilienkies

Bauunternehmer verschleierte Spende

Laut Medienberichten hat der Kreisverband der Neuköllner SPD eine Spende von Unternehmen der Groth-Gruppe angenommen.

Vignette: Franz Zauleck

Diese lag, wie alle anderen Spenden der Groth-Gruppe an SPD und CDU, knapp unter der Veröffentlichungsgrenze von 10.000 Euro. Die Stückelung der Spenden legt nahe, dass damit die Quelle der Spende verheimlicht werden sollte. SPD-Kreisvorsitzende ist die Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey.

Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb eine Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln gestellt. Darin wird unter anderem gefragt, ob das Bezirksamt es befürworten würde, wenn der Bezirksverband der Neuköllner SPD die Spende in Höhe von 9.950 Euro zurückzahlt, damit keines seiner Mitglieder dem Verdacht der Vorteilsgewährung ausgesetzt ist. Die SPD fand die Spenden in Ordnung und wird nichts zurückzahlen.

Marlis Fuhrmann, wohnungs- und baupolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, erklärt dazu: „ Es ist kaum vorstellbar, dass eine solche Spende keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Politiker hat. Die SPD täte gut daran, die Spende vollständig zurückzuzahlen."

Fotos: KDH

Kurs Rathaus: Eine starke Truppe tritt bei der Wahl zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung für DIE LINKE an

Die Liste wird von der im engagierten Einsatz für ein sozialeres Neukölln bewährten Doppelspitze Marlis Fuhrmann (1) und Thomas Licher (2) angeführt. Es folgen Doris Hammer (3), Ahmed Abed (4), Marina Reichenbach (5), Tony Pohl (6), Carla Assmann (7), Christian Posselt (8), Maya Eckes (9), Steffen Burger (10), Sandra Boden (11) und Tim Fürup (12).

„Neukölln braucht einen sozialen Aufbruch“

Wer Armut bekämpfen will, muss Millionäre zahlen lassen / Von Ruben Lehnert

Foto: KDH

In Deutschland und der Welt werden die Reichen immer reicher, die Armen werden immer zahlreicher. Weltweit besitzen die reichsten 62 Menschen genauso viel Vermögen wie die andere Hälfte der Menschen.

Auch in Deutschland ist der Reichtum extrem ungerecht verteilt: Die reichsten 10 Prozent besitzen die Hälfte aller Vermögen, die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt so gut wie gar nichts.

Neukölln ist von allen Berliner Bezirken am stärksten von Armut betroffen. Laut aktuellem Sozialbericht lebt die Hälfte der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren in Haushalten, die Sozialleistungen beziehen müssen. Doch Armut betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche. Auch fast 10 Prozent aller Neuköllner Frauen und Männer im Rentenalter sind auf Hilfe vom Sozialamt angewiesen. So gehört zum Beispiel der Kiez rund um die Schillerpromenade im Neuköllner Norden zu den Quartieren mit der größten Dichte an Transferleistungsempfängern. Im Schillerkiez leben 23.000 Menschen, knapp 36 Prozent von ihnen beziehen Arbeitslosengeld II und andere Sozialleistungen.

Die Reichen residieren in Stadtvillen, schicken ihre Kinder auf Privatschulen und lassen sich im Krankheitsfall in Spezialkliniken behandeln. Alle anderen sind auf gute Kitas und Schulen, auf funktionierende Krankenhäuser, auf bezahlbare Wohnungen und zuverlässige Busse und Bahnen angewiesen.

Doch hier liegt eines der größten Probleme der Stadt. Die Krankenhäuser leiden unter Personalmangel. Die Bürgerämter sind überlastet. Es fehlt an Kita-Plätzen, Schulen verfallen. Parks und Grünanlagen verkommen. Und für viele Menschen ist ein Lottogewinn wahrscheinlicher als ein neuer Mietvertrag für eine bezahlbare Wohnung.

Vor rund 15 Jahren kündigte der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) an, er werde „sparen, bis es quietscht“. Gekürzt und gestrichen wurde bei den Löhnen im öffentlichen Dienst, bei Kitas und Schulen, an Krankenhäusern, bei den Verkehrsbetrieben und Wohnungsgesellschaften. Großzügig waren Wowereit und Müller und ihre SPD bis heute stets bei Prestigeobjekten: Beim Flughafen BER und der Staatsoper kam und kommt es nicht an auf Millionen und Milliarden Euro.

Es ist Zeit für eine andere Politik: Berlin und Neukölln brauchen einen sozialen Aufbruch. Mit einem Aufbauprogramm müssen in den nächsten Jahren berlinweit mehr als 100.000 kommunale Wohnungen für Menschen mit geringem oder ohne Einkommen entstehen.

In Kitas und Schulen, in Ämtern und Verwaltungen, bei der Feuerwehr und in den Krankenhäusern muss mehr Personal eingestellt werden. Der aktuelle Sanierungsstau im Neuköllner Schulbereich in Höhe von 140 Millionen Euro ist nicht hinnehmbar. Auch im Nahverkehr sowie bei der Energie- und Wasserversorgung muss sozial und ökologisch investiert werden. Lohndumping durch Leiharbeit und Hartz IV muss beendet werden. Das Hartz-Regime soll durch eine Grundsicherung von monatlich 1050 Euro ersetzt werden – ohne Sanktionen.

Ein solches soziales Aufbauprogramm kostet viel Geld. Dieses Geld ist vorhanden, denn Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Doch von den Steuererleichterungen der letzten 15 Jahre, für die CDU, FDP, SPD und Grüne verantwortlich sind, profitieren Unternehmen, Millionäre und Milliardäre bis heute. Und mit vielen Milliarden Euro Steuergeld haben CDU und SPD die Banken gerettet.

Einzig DIE LINKE setzt sich konsequent dafür ein, dass Milliardenvermögen, Konzerngewinne und große Erbschaften höher besteuert werden – und Menschen mit geringem Einkommen weniger Steuern zahlen müssen. Denn wer Armut bekämpfen will, muss den vorhandenen Reichtum umverteilen – zum Nutzen der Menschen in Berlin und in Neukölln.

Ruben Lehnert kandidiert für das Berliner Abgeordnetenhaus im Neuköllner Wahlkreis 3.

Foto: Initiative „Unser Block bleibt!“

Umkämpft: der Häuserblock zwischen Fram-, Nansen-, Pannier- und Pflügerstraße

Häuserkampf im Reuterkiez

Mit Simone Schirrmacher von der Initiative „Unser Block bleibt“ sprach Joachim Haske über den Kampf für Mieterrechte und gegen Finanzinvestoren

UNSER BLOCK BLEIBT

Joachim Haske, Neu-Köllnisch: Der erste Versteigerungstermin im Juni ist aufgehoben worden. Wie bewertet das die Mieterinitative?

Simone Schirrmacher: Inzwischen ist ja ein wenig Zeit vergangen und es hat sich gezeigt, dass unsere erste Vermutung stimmte: Die Eigentümer haben im Hintergrund miteinander geredet und sind zu einer Einigung gekommen. Ein Grundstück mit den dazugehörigen Häusern wird weiterhin den Nachfahren einer Lindow-Erbin gehören. Lindow war der Bauunternehmer, der die Häuser in den 1920er Jahren errichtete. Die Mieterinnen und Mieter in diesen Häusern dürfen hoffen, dass vorläufig alles beim Alten bleibt. Die übrigen Häuser gehören allem Anschein nach den verschiedenen GbRs, deren Gesellschafter die GmbHs der Hintze-Brüder und der Samwer-Brüder sind.

Die Einigung zwischen den Eigentümern ist insofern bemerkenswert, dass die Eigner um Herrn Hintze sich im Vorfeld an keiner Einigung interessiert gezeigt hatten und immer wieder betont hatten, sich alle Häuser als Alleineigentümer sichern zu wollen. Da gab es im Zusammenhang mit den Zwangsversteigerungen dann anscheinend doch zu viele Unwägbarkeiten.

Wie ist aktuell die Stimmung unter den betroffenen Mietern?

Wir sind überrascht worden, haben uns innerhalb weniger Wochen organisiert, die Öffentlichkeit mobilisiert, uns die Unterstützung aus der Politik gesichert – und das alles in kürzester Zeit. Anfangs haben wir nur bis zu den Versteigerungsterminen gedacht, weil klar war: Das ist das Zeitfenster, in dem wir eventuell noch etwas beeinflussen können. Dass mit der Absage der Versteigerungen die Kuh für uns nicht vom Eis ist, versteht sich von selbst. Mit der Aufteilung der Häuser auf verschiedene Eigentümer versucht man natürlich auch, einen Keil in die Mieterschaft zu treiben. Für uns ist aber klar: Wir sind und bleiben EIN Block.

Hat die bisherige Solidarität von Gruppen und Einzelpersonen ausgereicht?

Wir waren überwältigt von der Unterstützung, die wir bekommen haben – aus den unterschiedlichsten Richtungen. Wir dürfen die Räume der umliegenden Kirchen für unsere Treffen nutzen, wir haben Materialien verbilligt oder umsonst bekommen. Die Medien haben sehr wohlwollend über uns berichtet. Mieterverein und Mietergemeinschaft waren von Anfang an mit im Boot, das war hilfreich, um überhaupt unsere Strategie aufzubauen: Was muss jetzt passieren, was ist wichtig, um welche Dinge kann man sich eventuell auch später noch kümmern? Ganz zentral war für uns auch, Ansprechpartner in der Politik zu haben. Da sind besonders Vertreter/-innen der LINKEN und der Grünen hervorzuheben, die uns Tipps gegeben haben, Eingaben in die BVV eingereicht haben und uns mit Rat und Tat zur Seite standen. All das hat uns zudem moralisch gestützt und unserer Motivation, uns für unsere Häuser einzusetzen, zusätzlichen Aufschwung gegeben.

Spannend wird es jetzt, nachdem die erste Phase unseres Häuserkampfes vorbei ist und das Ganze eher ein Marathon wird. Gleichzeitig muss man auch bedenken, dass aktuell Wahlkampf ist in Berlin, und dass das Thema bezahlbarer Wohnraum bei allen Parteien ganz oben steht. Da werden die Versprechungen einiger Politiker wohl hinterher als Sonntagsreden entlarvt werden. Darüber sind wir uns im Klaren. Wir versuchen so viel wie möglich vor den Wahlen zu erreichen und behalten unsere Achtsamkeit.

Investoren übernehmen Erbengemeinschaft

Marlis Fuhrmann über Praktiken zur Übernahme ganzer Straßenzüge

Foto: KDH

Vor dem Rathaus: Marlis Fuhrmann spricht für Milieuschutz in Neukölln.

Nur durch Zufall hatten Mieter eines ganzen Blockes zwischen Fram-, Nansen-, Pannier- und Pflügerstraße erfahren, dass ihren 17 Häusern die Zwangsversteigerung drohte. Die betroffenen Mieter haben sich zusammengeschlossen und ihre Lage öffentlich gemacht.

Was zunächst wie ein Streit in einer Erbengemeinschaft aussah, bei der „die Guten" sich bemühten „die Uneinsichtigen" zu übernehmen, bekam rasch eine ganz andere Dimension. „Gut" wurde zu „böse" und die „Bösen" sind Player auf internationalem Parkett.

Übernahme einer Erbengemeinschaft

Laut Andrej Holm (Stadtsoziologe an der Humboldt-Universität) drängen sich bei diesem Geschäftsmodell aggressive Investoren in Erbengemeinschaften. Getarnt durch ein unübersichtliches Firmengeflecht. Wehren sich einzelne Erben gegen eine feindliche Übernahme, versuchen die Investoren Zwangsversteigerungen durchzusetzen. Da ihnen bereits ein Teil der Immobilien gehört ist der finanzielle Einsatz für sie relativ gering. Entweder sie bekommen alles oder verkaufen teuer. Besonders hoch wäre die Rendite nach Aufwertung der meist einfach ausgestatteten Wohnungen und anschließender Umwandlung in Eigentumswohnungen. Und die Auswirkungen für die Mieter drastisch.

Für den Reuterkiez hat die Recherche ergeben, dass hinter der scheinbar lokalen Immobilienfirma Hintze & Co. professionelle Anleger von Goldman Sachs und die milliardenschweren Samwer-Brüder (Zalando, Rocket Internet) stehen. So erwarb Alexander Samwer unter anderem das Ullsteinhaus in Tempelhof und scheint verdeckt ganze Straßenzüge aufzukaufen.

Durch den Widerstand und die gute Öffentlichkeitsarbeit der Bewohner des Reuterblocks wurde die Zwangsversteigerung abgesagt. Die komplette Übernahme des Blocks konnte verhindert werden. Aber die Investoren befinden sich jetzt im Besitz von zwei Dritteln der Häuser. Die Lindow-Erbin behielt die Häuser Framstraße 3-9 und Nansenstraße 11.

Milieuschutz statt Eigentumswohnungen

Inzwischen greifen im Reuterkiez Milieuschutz und Umwandlungsverordnung. Das bedeutet konkret: eine Luxusmodernisierung sowie die Umwandlung in Eigentumswohnungen können hier vom Bezirksamt untersagt werden. Damit sinkt auch der spekulative Wert der Immobilien. Allerdings zeigt ein aktuelles Kreuzberger Beispiel Muskauer Straße/Ecke Eisenbahnstraße, wie sich Mieter im Milieuschutzgebiet gegen eine rabiate energetische Sanierung wehren müssen.

Das darf in Neukölln nicht passieren. Die Mieter haben offene Briefe an Eigentümer und Politiker geschrieben und konkrete Forderungen aufgestellt. DIE LINKE unterstützt diese Forderungen.

Marlis Fuhrmann ist die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der BVV-Fraktion DIE LINKE in Neukölln

Schutz der Mieter vor Investoren!

DIE LINKE unterstützt die Forderungen von UNSER BLOCK BLEIBT:

- *Mieterbeirat für den Block.*
- *Runder Tisch, unter anderen mit Vertretern aus Poltik und Mieterorganisationen mit demVerhandlungsziel: Garantie verbriefter Rechte durch Eigentümer.*
- *Konsequente Umsetzung des Milieuschutzes durch Neuköllner Verwaltung, kein Zulassen von Eigentumswohnungen.*
- *Einführung des Vorkaufsrecht von Mietern und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bei Zwangsversteigerungen.*

In diesem Sinne fordert DIE LINKE auch den Neuköllner Kreisverband der SPD auf, die vom Berliner Baulöwen Groth überwiesene Wahlkampfspende von knapp 10.000 Euro zurückzuzahlen. Denn wer Geld von Immobilieninvestoren annimmt, dem glaubt man den Einsatz für Mieterrechte nicht.

Welche Erwartungen haben die betroffenen Mieter an eine weitere Unterstützung?

Aktuell fordern wir die Eigentümer in einem offenen Brief dazu auf, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen. Unser Ziel sind Zusatzvereinbarungen zu unseren Mietverträgen, die genau festlegen, was bei künftigen Modernisierungsmaßnahmen passieren darf und welche Auswirkungen das auf uns als Mieterschaft hat. Ferner wollen wir eine rechtlich verankerte Beteiligung in Form eines Mieterbeirates.

Hier wünschen wir uns weitere Unterstützung – auch aus der Politik: Dass unser Anliegen aufgegriffen und öffentlich unterstützt wird. Damit der Druck auf die Eigentümer weiter aufgebaut werden kann, dass sie sich wirklich mit uns in Verhandlungen begeben.

Ein weiterer Wunsch ist, dass dafür gesorgt wird, dass der Milieuschutz konsequent Anwendung findet. Beim Milieuschutz gibt es viele Schlupflöcher. Das ist uns bewusst, es gilt sie zu „stopfen".

Was plant die Mieterinitiative in der nächsten Zeit?

Wir werden weiter auf uns und unser Anliegen aufmerksam machen: mit Aktionen, Stellungnahmen, über die Medien und auch in der Politik. Darüber hinaus werden wir uns verstärkt mit anderen Initiativen vernetzen. Wir werden weiter aktiv bleiben und für bezahlbaren Wohnraum in Berlin kämpfen.

Was erwartet die Mieterinitiative vom Bezirksamt und vom Senat?

Wir erwarten jetzt Reaktionen auf unseren offenen Brief. Uns ist bewusst, dass die Neuköllner Bau- und Stadtplanung bisher kein Vorreiter in Sachen Milieuschutz ist. Ohne konstanten Druck aus der Bevölkerung wird kein Umdenken stattfinden: Das fängt bei den Voruntersuchungen an, geht bei den Aufstellungsbeschlüssen für die betroffenen Gebiete weiter. Der Bezirk Neukölln weiß mindestens seit acht Jahren, dass die Mieten hier in Nord-Neukölln durch die Decke gehen. Und lässt sich alle Zeit der Welt, schafft dann in Sachen Milieuschutz einen Flickenteppich und ziert sich, das Vorkaufsrecht zu Gunsten Dritter grundsätzlich anzuwenden. Wobei unser Fall dann zeigte, es geht ja doch – wenn auch nicht im Rahmen des Vorkaufsrechts!

Stadt und Land, als kommunale Wohnungsbaugesellschaft hatte sich bereit erklärt, bei den Zwangsversteigerungen mitzubieten. Da sie voraussichtlich nicht die gleichen Gelder zur Verfügung haben wie private Investoren, ist das „nur" als symbolische Geste zu verstehen, die aber grundsätzlich in die richtige Richtung weist. Hier ist die Politik gefragt, das Vorkaufsrecht muss auch bei Zwangsversteigerungen anwendbar sein.

Was wünschen sich die Betroffenen für ihre Zukunft als Mieter/-innen?

Wir fordern die Erweiterung des Vorkaufsrechts auf die Mieterschaft eines Hauses. Es muss für Mieter/-innen die Möglichkeit bestehen, ihre Häuser genossenschaftlich zu erwerben. Wir waren mit unserem Block mit diversen Stiftungen im Gespräch, die Interesse gezeigt hatten unsere Häuser zu erwerben. In der Kürze der Zeit wäre das aber nicht umsetzbar gewesen. Unabhängig davon, dass sich Hausbesitzer bestimmt nicht darauf eingelassen hätten. Die heute gängige Regelung, dass Mieter das Vorkaufsrecht an ihren Wohnungen haben, ist für Mieter ohne finanziellen Rückhalt, nicht umsetzbar. Und einige Bewohner/-innen stehen Wohneigentum insgesamt skeptisch gegenüber. Aber das würde hier zu weit führen.

Mehr Infos und Vernetzung:
www.unserblockbleibt.de
www.facebook.com/unserblockbleibt
www.twitter.com/unserblock

Nur wenige Jobs für Langzeiterwerbslose

Von den Langzeiterwerbslosen, die im Jahr 2015 ihre Erwerbslosigkeit beenden konnten, nahmen nur 13,2 Prozent eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt auf. Der überwiegende Teil der Langzeiterwerbslosen wurde aus der Statistik gestrichen.

Dies geht aus der Antwort der Bundesagentur für Arbeit auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann (DIE LINKE) zu den Abgangsgründen aus der Erwerbslosenstatistik hervor. Als Gründe werden genannt: Arbeitsunfähigkeit (36 Prozent), fehlender Verfügbarkeit oder Mitwirkung (11,2 Prozent), Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (3,5 Prozent) oder Sonderreglungen (3,8 Prozent), zum Beispiel vorruhestandsähnliche Regelungen.

Anders stellen sich die Abgangsgründe für Erwerbslose dar, die weniger als 12 Monate erwerbslos waren. Eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt war mit einem Anteil von 32,6 Prozent an allen Abgängen der Hauptgrund für die Beendigung der Erwerbslosigkeit.

Im Jahr 2015 ist es trotz konjunkturellen Aufschwungs nicht gelungen, die Zahl der Langzeiterwerbslosen merklich zu reduzieren. Die Zahl der Langzeiterwerbslosen verharrte mit 1.039.281 auf hohem Niveau. Seit 2011 hat sie nur um 2,7 Prozent abgenommen.

Sabine Zimmermann kritisiert die Tatenlosigkeit der Bundesregierung und fordert eine Kehrtwende der Arbeitsmarktpolitik: „Es müssen ausreichend Gelder für Weiterbildung und gute öffentlich geförderte Beschäftigung zur Verfügung gestellt werden."

SPD und Grüne mit der Union für Hartz-IV-Verschärfungen

Im Bundestag hat DIE LINKE gegen die sogenannte Rechtsvereinfachung bei Hartz IV gestimmt. Das Gesetz hat zahlreiche Verschlechterungen für die Betroffenen zu Folge.

So werden zum Beispiel die Kürzungsmöglichkeiten von Leistungen bei „sozialwidrigem Verhalten" ausgeweitet, ebenso die Leistungsentzugs- bzw. Leistungsversagungsmöglichkeiten. Grundlegende Probleme wie die grundrechtswidrigen Sanktionen oder der Mehrbedarf für Kinder, die sich bei getrennten Eltern aufhalten, werden nicht gelöst.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben im Bundesrat mit der CDU/CSU mehrheitlich dem Gesetz zugestimmt. Dabei hatte sich die SPD zum Teil kritisch gegenüber dem Gesetzesentwurf im Bundestag und im Bundesrat geäußert und die Grünen haben das Gesetz im Bundestag sogar abgelehnt. Mit den Enthaltungen der anderen rot-grün regierten oder mitregierten Länder im Bundesrat wäre es möglich gewesen, die nun eintretenden Rechtsverschärfungen bei Hartz IV zu stoppen.

„Das Abstimmungsverhalten der SPD und Grünen im Bundesrat ist sehr beschämend", meint die Vorsitzende der LINKEN Katja Kipping. Nun wisse jede und jeder, wer neben der CDU/CSU für die Rechtsverschärfungen bei Hartz IV Verantwortung trägt.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE.Neukölln in der Wipperstraße 6, 12055 Berlin (S- und U-Bhf Neukölln).

Kontakt und Terminvereinbarung: Doris Hammer, 0176/97896139 oder doris.hammer@die-linke-neukoelln.de

Offenes Wahlkampfaktiv
Das Offene Wahlkampfaktiv der Neuköllner LINKEN trifft sich alle zwei Wochen, im September wöchentlich, dienstags um 19 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.
Die nächsten Treffen sind am 26.7., 9.8., 23.8., 6.9. und 13.9.
Interessierte, die aktiv am Wahlkampf der Neuköllner LINKEN mitwirken wollen, sind herzlich willkommen.

Bezirksvorstand
Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.
DIE LINKE, Wipperstraße 6.

BO Hermannstraße
Die Basisorganisation Hermannstraße umfasst das Gebiet zwischen Hasenheide, Karl-Marx-Str./Buschkrugallee, Teltowkanal bis zur Bezirksgrenze zu Tempelhof und Kreuzberg. Selbstverständlich sind auch Menschen eingeladen, die nicht in diesem Gebiet wohnen.
Die BO trifft sich an jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 19 Uhr in den Räumen der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.

BO Rixdorf
Die Basisorganisation Rixdorf ist eine regionale Untergliederung des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln und umfasst das Gebiet zwischen der Grenze zu Treptow im Norden, dem Teltowkanal im Osten, der Karl-Marx-Straße (einschließlich) im Süden und der Fuldastraße (einschließlich) im Westen.
Die BO trifft sich jeden ersten und dritten Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.

BO Reuterkiez
Die Basisorganisation Reuterkiez engagiert sich gegen wachsende Armut im Kiez und für Kampagnen wie gesetzlichen Mindestlohn, Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche. Um für soziale und friedenspolitische Themen mehr Akzeptanz und Unterstützung im Bezirk zu gewinnen, organisiert die BO regelmäßig Info-Stände.
Die BO Reuterkiez trifft sich jeden zweiten und vierten Montag im Monat jeweils von 18 bis 20 Uhr im „Verein iranischer Flüchtlinge", Reuterstraße 52 (unweit U-Bhf. Hermannplatz).

BO 44
„44" steht für die Bezeichnung des früheren Postzustellbezirks des nördlichen Neukölln und zeigt, dass wir uns auch mit der konkreten Situation in unserem Bezirk beschäftigen wollen. Gentrifizierung und Verdrängung etwa, das Zusammenleben in den Neuköllner Kiezen, die Bedeutung antirassistischen Engagements, aber auch die gefährliche Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in Neukölln sind einige dieser Themen. Die Termine findet ihr auf der Internetseite www.die-linke-neukoelln.de/politik/termine.

Hartz-IV-Rechtsberatung
DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an (siehe Kasten auf dieser Seite).

BVV-Fraktion DIE LINKE.
Bürozeiten: Montag von 16 bis 20 Uhr und Freitag von 10 bis 14 Uhr
Telefon: 030 / 90239-2003
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet: www.die-linke-neukoelln.de oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln

Wahlkampftermine der Neuköllner LINKEN

30. Juli, *ab 18 Uhr Openair-Aktion auf dem Hermannplatz.*

31. Juli, *ab 10 Uhr Aktionstag zum Plakatieren in Neukölln. Treffpunkt in der Geschäftsstelle DIE LINKE Neukölln, Wipperstraße 6.*

3. September, *ab 11 Uhr auf dem Hermannplatz. Wahlkundgebung und linkes Fest.*

10. September, *ab 10 Uhr Aktionstag der Neuköllner LINKEN auf Straßen und Plätzen. Treffpunkt in der Wipperstraße 6, 12055 Berlin.*

16. September, *Start zum 48-Stunden-Wahlkampfabschluss auf Straßen und Plätzen.*

Bitte vormerken:

29. August: Solidaritätsveranstaltung mit Kollegen von Vivantes, den Töchtern bei Vivantes und CFM. Beginn 18 Uhr im ver.di-Haus, Landesbezirk Berlin, Köpenicker Straße 30 (6. Stock). Veranstalter ist das Bündnis „BerlinerInnen für mehr Personal im Krankenhaus".

3. September: Demonstration und Konzert in Berlin „Aufstehen gegen Rassismus! Deine Stimme gegen die AfD!"

17. September: Es geht erneut auf die Straße gegen TTIP und Ceta. In 7 Städten, auch in Berlin.

DIE LINKE.Neukölln: alle Termine www.die-linke-neukoelln.de

Fotos: KDH

Hommage an Erich Mühsam

Das war ein anregender Sonntagnachmittag, den auch viele heutige Bewohner/-innen der Hufeisensiedlung in Britz genossen. Unter ihnen der Britzer Direktkandidat der LINKEN, Jörg Lelickens. Die Anwohnerinitiative „Hufeisern gegen rechts“ würdigte am 10. Juli mit dieser Gedenkveranstaltung den Literaten und Revolutionär Erich Mühsam. Er lebte von 1927 bis 1933 in der Dörchläuchtingstraße in der Hufeisensiedlung, bevor er am 27. Februar 1933, dem Tag des Reichstagsbrandes, von den Nazis verhaftet und in der Nacht zum 10. Juli 1934 im KZ Oranienburg ermordet wurde. Die Gruppe „Singender Tresen“ gestaltete ein begeisterndes Programm in einer Mischform aus Lesung und Konzert aus ihrem Mühsam-Lesebuch: „Das seid Ihr Hunde wert!“ Neben diversen Mühsam-Klassikern präsentierten sie auch rare sowie bislang unveröffentlichte Texte.

Neukölln ist ein Zuwanderungsbezirk

Thomas Licher: „Menschen aus über 160 Nationen, sie sind eine Bereicherung.“

Thomas Licher beim gemeinsamen Frühlingsempfang „Geflüchtete willkommen“ im Saal der Bezirksverordnetenversammlung im Rathaus Neukölln. Eingeladen hatten die Fraktionen der LINKEN, der Grünen und der Piraten.

In Neukölln leben Menschen aus über 160 Nationen friedlich zusammen. Sie sind eine Bereicherung und Chance für unseren Bezirk. DIE LINKE sieht das so.

Aber es ist leider nicht selbstverständlich, dass alle Migrantinnen und Migranten am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben gleichermaßen teilhaben können. Auch in Neukölln gibt es Erscheinungen von Alltagsrassismus. Das zeigte sich beim Umgang mit der Juristin Betül Ulusoy, die wegen ihres Kopftuchs als Referendarin im Bezirksamt Neukölln abgelehnt wurde. Zwar dürfen Reinigungskräfte mit Kopftuch im Rathaus sauber machen, aber eine höher qualifizierte Tätigkeit wird muslimischen Frauen, die das Tuch tragen, verweigert. DIE LINKE tritt gegen eine Benachteiligung von Menschen in der öffentlichen Verwaltung ein, die Kopftuch oder Kippa tragen.

Neukölln ist aus seiner Geschichte ein Zuwanderungsbezirk. Schon die Gründung von Böhmisch-Rixdorf verdanken wir Glaubensflüchtlingen.

Im letzten Jahr kamen in Neukölln Menschen an, die zum großen Teil aus der Bürgerkriegsgebieten des Nahen Ostens nach Deutschland fliehen mussten. Hier werden sie größtenteils unter unmenschlichen Bedingungen in Massenunterkünften wie dem ehemaligen C&A-Kaufhaus und in Turnhallen ghettoisiert. Dort müssen sie, ebenso wie in den Flugzeughangars am Tempelhofer Feld, ohne jegliche Privatsphäre auf engsten Raum leben. Als Linke setzen wir uns dafür ein, dass auch Geflüchtete hier menschenwürdig leben und wohnen können und diese Massenunterkünfte baldmöglichst geschlossen werden.

Zwar ist der SPD-CDU-Senat in erster Linie für das Berliner Unterbringungsdesaster von geflüchteten Menschen verantwortlich, doch auch das Neuköllner Bezirksamt hat seine Möglichkeiten nicht genutzt. Das zur Unterbringung geeignete ehemalige „Schulschwänzerinternat“ am Buckower Damm 176 steht auf Beschluss der Neuköllner SPD- und CDU-Fraktion ein Jahr lang leer, um es dann zu einem Bürostandort umzubauen. Hier hätten Familien und Kranke gut untergebracht werden können.

DIE LINKE fordert preiswerten Wohnraum für alle. Und selbstverständlich sollen auch geflüchtete Menschen in Wohnungen leben können. Bereits jetzt gibt es in unserem Bezirk leerstehenden Wohnraum, der jederzeit beschlagnahmt und ertüchtigt werden könnte. So sollen beispielsweise preiswerte Wohnungen in der Heidelberger Straße abgerissen werden, um dort teure Neubauwohnungen zu erstellen. DIE LINKE hat in den letzten Jahren mehrfach auf Leerstand aufmerksam gemacht. Vom SPD-geführten Bezirksamt gab es dazu keine Resonanz. Es ist höchste Zeit, dass die Regierenden ihre Rücksichtnahme auf die Profitinteressen von Immobilienunternehmen und Spekulanten beenden und ihre von der Verfassung gebotenen Verpflichtungen wahrnehmen.

Parteien wie die AfD und die NPD nutzen die Situation und versuchen Muslime, Geflüchtete und Andersdenkende zu Sündenböcken zu machen. Wir sagen: Geflüchtete willkommen, für ein solidarisches Miteinander in Neukölln – gegen rechten Populismus. Keine Stimme für Parteien wie AfD und NPD, die Rassismus und neofaschistische Hetze verbreiten. Wählt links!

Thomas Licher ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln

Neu·Köllnisch

Juli/August 2016
Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE.
Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 3.500
V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser
Kontaktadresse: DIE LINKE.Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-613 59 19
Bankverbindung:
DIE LINKE.Neukölln,
Berliner Bank
IBAN: DE16100708480525607801
Redaktionsschluss: 13.7.2016
Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 20.8.2016
Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.
4/2016

Foto: Tony Pohl

Räume zum Lernen statt Massenunterkünfte!

Mit einem Demonstrationszug von der Jahn-Sporthalle zum Rathaus Neukölln forderten 25 ehemalige Bewohner dieser Notunterkunft Anfang Juli ihre Unterbringung unter menschenwürdigen Bedingungen. Die Schutzsuchenden weigerten sich, das ihnen zugewiesene Massenlager in den Tempelhofer Hangars zu beziehen. Auf Plakaten erklärten die Asylbewerber, dass sie Räume zum Lernen anstelle von Massenunterkünften brauchen. Nach 10 Monaten in der Turnhalle erwarten sie, dass ihr Grundrecht auf Wohnen endlich eingelöst wird.

Wird Neukölln endlich fahrradfreundlich?

Steffen Burger: „Neukölln braucht sichere und attraktive Radfahrinfrastruktur“

105.425 Unterschriften für den Volksentscheid Fahrrad in nur wenigen Wochen, der Einwohnerantrag in Neukölln von Aktiven aus dem Netzwerk Fahrradfreundliches Neukölln – es bewegt sich gerade viel in der Radverkehrspolitik im Land.

Die Ziele beider Initiativen – um nur einige zu nennen, bessere Infrastruktur für Rad Fahrende, mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, Radschnellwege, Fahrradstraßen, Verkehrsberuhigung – würden den Radverkehr in Berlin und Neukölln deutlich attraktiver machen.

Und dies ist auch dringend notwendig. In Neukölln besteht Handlungsbedarf vor Allem im Norden des Bezirks. Dort haben Rad Fahrende bisher nur die Wahl sich die Hauptstraßen mit Autos und Lastwagen zu teilen oder sich mit dem Schleichverkehr durch enge Nebenstraßen zu schlängeln.

So wurden seit 2007 in Nord-Neukölln zwar 9730 m Radinfrastruktur saniert oder neu geschaffen, diese verteilen sich aber großteils auf nur vier Einzelmaßnahmen: 3800 m sanierte Radwege am Columbiadamm und an der Flughafenstraße, 1900 m Radschutzstreifen an der Lahnstraße, 1860 m Radschutzstreifen an der Karl-Marx-Straße und 1320 m Radwegsanierung an der Neuköllnischen Allee.

Im gesamten Bereich nordöstlich der Karl-Marx-Straße, rund um die Sonnenallee, ist Radverkehrsinfrastruktur aber nach wie vor, abgesehen von dem Radweg an der Pannierstraße und dem Radwegerelikt aus fernen Zeiten in der Weserstraße, völlig abwesend.

Hier muss dringend attraktive und sichere Infrastruktur geschaffen werden, auf der man auch seine Großeltern und Kinder fahren lassen würde.

Aber auch im Süden ist noch Handlungsbedarf vorhanden, beispielsweise in der Stubenrauchstraße als Zufahrt zum Mauerradweg entlang der A113. Wer hier mit dem Fahrrad entlang will, muss viel Mut und starke Nerven mitbringen.

Dieser Abschnitt ist auch Teil der bezirklichen Radnebenroute 5. Ändern soll sich an der Situation nach Auskunft von Stadtrat Blesing (SPD) aber nichts. Im Dezember 2016 wird die Nebenroute ohne Veränderungen an der Stubenrauchstraße fertiggestellt werden.

Dies ist leider symptomatisch für die Radverkehrspolitik im Bezirk. Wo dem motorisierten Verkehr Flächen genommen werden müssten, wird auf Radinfrastruktur verzichtet. Förderung sieht anders aus.

Aber die Zeichen stehen auf Veränderung: In der Bezirksverordnetenversammlung scheint das Thema „Radverkehr fördern“ vor der Wahl mehrheitsfähig. So wurden in der Sitzung am 15. Juni Anträge zum Fahrradparken auf Fahrbahnen, der Teilnahme an der Europäischen Mobilitätswoche im Jahr 2017, zur Einrichtung eines Fahr-Rats, zu einer Onlinebefragung der Neuköllner/-innen zum Thema Radverkehr und zur Forderung gegenüber dem Senat, die Radverkehrskompetenz im Bezirk zu stärken, einstimmig beschlossen.

Dies sind aber nur erste Schritte in die richtige Richtung. Beschlüsse über konkrete Maßnahmen zur Umsetzung in naher Zukunft müssen erst noch folgen. Neukölln braucht sichere und attraktive Radinfrastruktur für Alle – Vorbilder, wie beispielsweise Kopenhagen, gibt es zur Genüge.

Steffen Burger kandidiert am 18. September auf der Liste DIE LINKE zur Bezirksverordnetenversammlung Neukölln.

Foto: 100% THF

Bürger für mehr direkte Demokratie

Über 70.000 Unterschriften für „Volksentscheid retten“ wurden am 7. Juli eingereicht.

Ein großer Schritt zur Sicherung des THF-Gesetzes ist getan, meint die Initiative 100% Tempelhofer Feld. Nun wird in den Bürgerämtern die Anzahl der gültigen Unterschriften gezählt. Ende Juli soll das amtliche Ergebnis vorliegen.

Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin

oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE. Neukölln, 0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE. Neukölln, 0172 1604907, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

❑ **Ich möchte Informationsmaterial bekommen.**
❑ **Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.**
❑ **Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.**

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... **Telefon:**.....